

| Nr. | Fragestellung | Antwort |
|-----|--|---|
| 1 | Wer bekommt die volle Prämie ausgezahlt? | Mitarbeitende ab mindestens 35 Wochenstunden tatsächlicher erbrachter oder vertraglicher Arbeitszeit, die im Bemessungszeitraum mindestens drei Monate in einer zugelassenen Pflegeeinrichtung tätig waren, bekommen die volle Prämie je nach Zuordnung zur einzelnen Beschäftigungsgruppe. |
| 2 | Wie wird die Prämienhöhe bei Teilzeitbeschäftigten bei weniger als 35 Wochenstunden berechnet? | <p>Mitarbeitende mit weniger als 35 Wochenstunden gelten für die Berechnung der Prämie als Teilzeitkräfte und bekommen entsprechend einen prozentualen Anteil an der Prämie für Vollzeitkräfte. Der Anteil wird ermittelt, indem man die tatsächliche, mindestens aber die vertraglich vereinbarte durchschnittliche Wochenarbeitszeit durch die regelmäßige Wochenarbeitszeit der bei derselben Pflegeeinrichtung Vollzeitbeschäftigten teilt.</p> <p>Beispiel A) Es handelt sich um eine Pflegefachkraft, die in der direkten Pflege arbeitet (Fallgruppe des § 150a Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 SGB XI). Die im Arbeitsvertrag vereinbarte regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 30 h. Die im Bemessungszeitraum tatsächliche geleistete wöchentliche Arbeitszeit der Pflegefachkraft beträgt ebenfalls 30 h. Die tarifliche vereinbarte Arbeitszeit einer Vollzeitkraft in der Pflegeeinrichtung liegt bei 38,5 h pro Woche.</p> <p>Die Pflegefachkraft hat einen Anspruch auf eine Prämie in Höhe von 779,22 Euro (Rechenweg: $30/38,5 = 0,78$ VZÄ * 1.000 Euro = 779,22 Euro).</p> <p>Beispiel B) Es handelt sich um eine Pflegefachkraft, die in der direkten Pflege arbeitet. Die im Arbeitsvertrag vereinbarte regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 30 h. Die im Bemessungszeitraum tatsächliche geleistete wöchentliche Arbeitszeit der Pflegefachkraft beträgt ebenfalls 30 h. Die tarifliche vereinbarte Arbeitszeit einer Vollzeitkraft in der Pflegeeinrichtung liegt bei 40 h pro Woche.</p> <p>Die Pflegefachkraft hat einen Anspruch auf 750 Euro (Rechenweg: $30/40 = 0,75$ VZÄ * 1.000 Euro = 750 Euro).</p> <p>Beispiel C) Es handelt sich um eine Pflegefachkraft, die in der direkten Pflege arbeitet.</p> |

| Nr. | Fragestellung | Antwort |
|-----|---|---|
| | | <p>Die im Arbeitsvertrag vereinbarte regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 30 h. Die im Bemessungszeitraum tatsächlich geleistete wöchentliche Arbeitszeit der Pflegefachkraft beträgt durchschnittlich 26 h. Die tarifliche vereinbarte Arbeitszeit einer Vollzeitkraft in der Pflegeeinrichtung liegt bei 40 h pro Woche.</p> <p>Die Pflegefachkraft hat einen Anspruch auf 750 Euro (Rechenweg: $30/40 = 0,75 \text{ VZÄ} * 1.000 \text{ Euro} = 750 \text{ Euro}$.)]</p> |
| 3 | <p>Wie wird der Anspruch auf die Prämie berechnet, wenn Mitarbeitende innerhalb des Bemessungszeitraums zeitweilig in Kurzarbeit sind/waren?</p> | <p>Bei Beschäftigten, die im Bemessungszeitraum ganz oder teilweise in Kurzarbeit gearbeitet haben, wird die im Durchschnitt tatsächlich geleistete wöchentliche Arbeitszeit zugrunde gelegt. Die vertraglich vereinbarte durchschnittliche Wochenarbeitszeit ist für Zeiten der Kurzarbeit nicht maßgeblich. Beschäftigte, die aufgrund von Kurzarbeit im gesamten Bemessungszeitraum nicht gearbeitet haben, haben auch keinen Anspruch auf die Prämie.</p> <p>Beispiel: Eine vollzeitbeschäftigte Pflegefachkraft hat im März in Vollzeit gearbeitet, im April war sie zu 100% in Kurzarbeit und im Mai war sie zu 50 % in Kurzarbeit. Sie erfüllt damit die Voraussetzungen einer dreimonatigen Tätigkeit im Bemessungszeitraum. Ihr Anteil an der Prämie für Vollzeitbeschäftigte beträgt jedoch nur 50 % Prozent, da sie über die Monate März bis Mai im Durchschnitt nur die Hälfte der Arbeitszeit im Vergleich zur Vollzeitbeschäftigung tatsächlich gearbeitet hat. D. h. sie bekommt 500 Euro (anstatt 1.000 Euro) in der 1. Auszahlungsrunde ausbezahlt. Im Sinne des Günstigkeitsprinzips kann zum 15. November 2020 (dem zweiten Meldezeitpunkt) die Aufstockung der Prämie beantragt werden (hier auf bis zu 1.000 Euro), wenn die Kurzarbeit im Bemessungszeitraum wieder reduziert/aufgehoben wird und sie im Bemessungszeitraum (bis 31. Oktober 2020) durchschnittlich mehr als 50%, für die Vollzeitprämie mindestens drei Monate in Vollzeit gearbeitet hat.</p> |
| 4 | <p>Wie ist der Hinweis bei der Prämie in Höhe von 667 Euro zu § 150a Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 SGB XI (Ziffer 3 Abs. 1 Nummer 2 der Prämien-Festlegungen Teil 1) hinsichtlich der tagesstrukturierenden, aktivierenden, betreuenden oder pflegenden Tätigkeit zu verstehen?</p> | <p>Zentrales Kriterium für die Zuordnung zu § 150a Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 SGB XI ist nicht die Zuordnung zu einer Berufsgruppe, sondern, ob der Beschäftigte gemeinsam mit Pflegebedürftigen mindestens 25 % seiner Arbeitszeit tagesstrukturierend, aktivierend, betreuend oder pflegend tätig war.</p> |

| Nr. | Fragestellung | Antwort |
|-----|--|---|
| | | <p>Zum Einschätzungsspielraum: Tagesstrukturierung etc. setzt eine Einbeziehung der Pflegebedürftigen voraus. Es muss also etwas gemeinsam mit den Bewohner*innen getan werden. Belegt wäre das etwa durch eine konzeptionelle Verankerung. Mitarbeiter*innen von Reinigungsdiensten, Verwaltung, Haustechnik, Küche, Gebäudereinigung, Empfangs- und Sicherheitsdienst, Garten- und Geländepflege, Wäscherei, Logistik sind damit i.d.R. der Ziffer 3 Abs. 1 Nr. 3 zuzuordnen, da sie etwas für die und nicht mit den Pflegebedürftigen tun.</p> <p>Als Orientierungshilfe, ob ein Beschäftigter in einem Umfang von mindestens 25 % der Arbeitszeit gemeinsam mit Pflegebedürftigen tagesstrukturierend, aktivierend, betreuend oder pflegend tätig war, kann die beim Pflegemindestlohn vorgenommene Bewertung dienen.</p> |
| 5 | <p>Wie werden Beschäftigte berücksichtigt, die z.B. bei Komplexträgern in einer zentralen Verwaltung oder in externen Dienstleistungsunternehmen (Reinigung, Hauswirtschaft, Küche) für nach § 72 SGB XI zugelassene Pflegeeinrichtungen tätig sind?</p> <p>Bsp.: Bei einer Komplexeinrichtung EGH und Pflege, bei der die Verwaltung und Haustechnik Leistungen für die Altenhilfe, das Betreute Wohnen, die Wohnungsverwaltung und die Behindertenhilfe erbringt, stellt sich die Frage der zeitlichen Zuordnung. In welchem Umfang können diese Mitarbeiter in die Bonuszahlung nach § 150a SGB XI einbezogen werden und reichen Schätzungen der zuzuordnenden Arbeitszeit für die relevanten Bereiche?</p> | <p>Die Aufteilung der Arbeitszeit der Beschäftigten muss durch den Träger der Pflegeeinrichtung danach erfolgen, wie viele Stunden die Beschäftigten für die zugelassene Pflegeeinrichtung tatsächlich tätig sind. Die Beschäftigten sind anhand des Stellenschlüssels oder bei zentralen Umlagen kalkulatorisch den Pflegeeinrichtungen entsprechend anteilig zuzuordnen. Schätzungen sind nur in Ausnahmefällen möglich, wenn es keine anderen geeigneten Anhaltspunkte gibt.</p> <p>Nach dieser Zuordnung sind die Beschäftigten dann bezüglich der Prämienberechnung wie Teilzeitbeschäftigte der zugelassenen Pflegeeinrichtung zu behandeln.</p> <p>Handelt es sich nicht um reguläres, bei den nach § 72 SGB XI zugelassenen Pflegeeinrichtungen bzw. beim Pflegeeinrichtungsträger direkt angestelltes Personal sind die Festlegungen nach § 150a Abs. 7 SGB XI Teil 2 einschlägig.</p> |
| 6 | <p>Ist das Günstigkeitsprinzip für den Beschäftigten anzuwenden?</p> | <p>Ja, der Beschäftigte hat ein Anrecht auf die Anwendung des Günstigkeitsprinzips. Dies bedeutet, dass von mehreren im Einzelfall anwendbaren Rechtsnormen/Auslegungen die für den Betroffenen günstigere anzuwenden und die ungünstigere verdrängt ist.</p> <p>Vor diesem Hintergrund sind auch die Festlegungen nach § 150a Abs. 7 SGB XI zu interpretieren/anzuwenden.</p> |

| Nr. | Fragestellung | Antwort |
|-----|--|---|
| 7 | Muss für Teilzeitbeschäftigte eine Meldung bis zum 19. Juni 2020 gestellt werden, auch wenn absehbar ist, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt z. B. von einer Teilzeitstelle auf eine Vollzeitstelle aufstocken? | <p>Beschäftigte, die bis zum 1. Juni 2020 mindestens drei Monate in einer zugelassenen Pflegeeinrichtung tätig sind, haben nach § 150a SGB XI einen Anspruch auf die Corona-Prämie.</p> <p>Für die anspruchsberechtigten Beschäftigten muss die Pflegeeinrichtungen bis zum 19. Juni 2020 die Prämie melden und diese dann ausbezahlen, auch wenn bereits absehbar ist, dass die Beschäftigten zu einem späteren Zeitpunkt einen höheren Anspruch haben werden, weil sie z. B. beim gleichen oder einem anderen Arbeitgeber von einer Teilzeitstelle in eine Vollzeitstelle wechseln.</p> <p>Im Sinne des Günstigkeitsprinzips kann die Prämie dann zum zweiten Melde- und Auszahlungszeitpunkt auf bis zu 100 % aufgestockt werden, je nach Anspruchsvoraussetzungen.</p> <p>Nach Ziffer 2 Abs. 5 der Festlegungen Teil 1 hat die Pflegeeinrichtung eine Günstigerprüfung vorzunehmen.</p> |
| 8 | Welcher Zeitraum ist für die Bemessung der Prämie ausschlaggebend? | Es gilt der gesamte Bemessungszeitraum (1. März bis 31. Oktober 2020) als Betrachtungszeitraum. Es kommt nicht auf eine zusammenhängende Erfüllung der in Ziffer 2 Abs. 2 der Festlegungen genannten drei Monate an. Eine Erfüllung über mehrere Zeiträume hinweg ist zulässig. |
| 9 | Wie wird die Prämie hinsichtlich der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse behandelt? Kann die anteilige Prämie ausgezahlt werden, obwohl damit die Zuverdienstmöglichkeit in Höhe von 450 Euro überschritten wird? | Beschäftigte, die zwischen dem 1. März 2020 und dem 31. Oktober 2020 mindestens drei Monate in einer zugelassenen Pflegeeinrichtung tätig sind, erhalten nach § 150a SGB XI einen Anspruch gegenüber ihren Arbeitgebern auf eine einmalige steuer- und sozialabgabenbefreite Sonderleistung (Corona-Prämie). Diese Zuwendung des Arbeitgebers ist nicht dem sozialversicherungsrechtlichen Arbeitsentgelt zuzurechnen und bleibt in Bezug auf die Entgeltgrenze für geringfügig entlohnte Beschäftigungen (sogenannte Minijobs) in Höhe von monatlich 450 Euro außer Betracht. Die Auszahlung der Prämie ist somit für den Status als Minijobber unschädlich. |
| 10 | Wie wird die Prämie bzgl. Hartz IV- Aufstockern/Zuverdienern nach dem SGB II („Hartz IV“) von der Agentur für Arbeit behandelt? | Corona bedingte Sonderzahlungen sind bis zu einer Höhe von 1.500 Euro im Jahr von der Einkommensanrechnung freigestellt. Hierzu wurde die Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung ergänzt (siehe § 1 Absatz 1 Nr. 10 ALG II-VO, |

| Nr. | Fragestellung | Antwort |
|-----|---|--|
| | | <p>http://www.gesetze-im-internet.de/algiiv_2008/1.html). Die Regelung ist rückwirkend zum 1. März 2020 in Kraft getreten und gilt bis Jahresende 2020.</p> |
| 11 | <p>Wie sind mehrfache, kurzzeitige Erkrankungen (von drei bis vier Tagen) wg. derselben oder unterschiedlichen Erkrankungen im Bemessungszeitraum in Bezug auf die 14 Kalendertage Unterbrechung zu bewerten?</p> | <p>Mehrere Unterbrechungen bis zu einer Höhe von 14 Kalendertagen sind möglich, auch unterschiedliche Gründe sind unerheblich. Ziffer 2 Abs. 3 Nr. 2 – 5 der Festlegungen sind davon unbenommen.</p> |
| 12 | <p>Wie wird ein Corona-bedingtes Beschäftigungsverbot behandelt?</p> | <p>Zur Berechnung der mindestens dreimonatigen Beschäftigung (90 Tage) sind im Bemessungszeitraum Unterbrechungen aufgrund</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) sonstiger Gründe von bis zu 14 Kalendertagen 2) einer Covid-19-Erkrankung, 3) von Quarantänemaßnahmen, 4) eines Arbeitsunfalls, 5) eines Erholungsurlaubs <p>unbeachtlich (vgl. Ziffer 2 Abs. 3 Nr. 1-5).</p> <p>Ein Corona-bedingtes Beschäftigungsverbot gilt wie eine Quarantänemaßnahme, wenn es z.B. durch Anordnung des öffentlichen Gesundheitsdienstes oder des Arztes belegt und durch die Pflegeeinrichtung dokumentiert ist.</p> <p>Die genannten Unterbrechungszeiträume werden wie eine normale Tätigkeit gezählt.</p> <p>Die unter 2) bis 5) aufgezählten Fälle sind zeitlich nicht auf 14 Kalendertage beschränkt. Es sind auch mehrere Unterbrechungen wegen der gleichen Sache (außer 1) möglich.</p> |
| 13 | <p>Welchen Anspruch haben Mitarbeitende, die bis zum 30. Mai 2020 mehr als 14 Tage abwesend waren (Ziffer 2 Abs. 3 Nr. 1)</p> | <p>Jede Abwesenheit ist bis zu 14 Kalendertage unerheblich. Alles darüber hinaus muss vom Bemessungszeitraum abgezogen werden. Mitarbeitende, die bis zum 30. Mai 2020 mehr als 14 Tage abwesend waren, haben – soweit die weiteren Abwesenheiten nicht aus den Gründen der Ziffern 2 Abs. 3 Nr. 2-5 erfolgten – in der ersten Auszahlungsrunde noch keinen Anspruch auf eine Prämie. Der Anspruch entsteht aber, sobald als Berechnungsgrundlage der dreimonatige Zeitraum im gesamten Bemessungszeitraum (1. März bis 31. Oktober 2020) erfüllt ist. Diese Mitarbeitenden erhalten ihre Prämie daher in der zweiten Auszahlungsrunde im Dezember 2020.</p> |

| Nr. | Fragestellung | Antwort |
|-----|---|---|
| 14 | Ist für die beispielhaft genannten Berufsgruppen in der Ziffer 3 Abs. 1 Nr. 1 der jeweilige Anteil an der direkten Versorgung nachzuweisen oder gelten sie grundsätzlich als Anspruchsberechtigte nach Nr. 1? | <p>Für die beispielhaft genannte Berufsgruppen nach Ziffer 3 Absatz 1 Nr. 1 wird unterstellt, dass sie schwerpunktmäßig in der direkten Pflege und Betreuung der Pflegebedürftigen tätig sind. Dies gilt auch für die Beschäftigten in der hauswirtschaftlichen Versorgung der Pflegebedürftigen.</p> <p>Zu den Beschäftigten, die regelhaft unter Ziffer 3 Absatz 1 Nr. 1 fallen, gehören auch die Pflegedienstleitung/verantwortliche Pflegefachkraft, die stellvertretende verantwortliche Pflegefachkraft und die Einrichtungsleitung, soweit sie Beschäftigte im Sinne des § 7 SGB IV sind und schwerpunktmäßig in der direkten Pflege und Betreuung tätig sind. Hiervon wird in Pandemiezeiten in der Regel auszugehen sein.</p> <p>Ansonsten sind diejenigen Beschäftigten, die nicht unter Ziffer 3 Absatz 1 Nr. 1 genannt sind, nicht automatisch Nr. 1 zuzuordnen. Sie können jedoch Nr. 1 zuzuordnen sein, wenn sie vergleichbar den genannten Beschäftigten schwerpunktmäßig in der direkten Pflege und Betreuung tätig sind.</p> |
| 15 | Haben Inhaber einer zugelassenen Pflegeeinrichtung einen Anspruch auf Auszahlung der Prämie? | Anspruch auf die Prämie haben abhängig Beschäftigte im Sinne des § 7 SGB IV. Hierzu gehören auch Inhaber einer Einrichtung, sofern sie bei der Pflegeeinrichtung abhängig beschäftigt sind. |
| 16 | Zählen auch Qualitätsmanagementbeauftragte zu den Berufsgruppen nach Ziffer 3 Abs. 1 Nr. 1? | <p>Bei den Qualitätsmanagementbeauftragten ist zu prüfen, ob sie vergleichbar den in Ziffer 3 Absatz 1 Nr. 1 genannten Berufsgruppen in der direkten Pflege und Betreuung der Pflegebedürftigen tätig sind.</p> <p>Ist dies nicht der Fall, muss geprüft werden, ob sie mindestens 25 % ihrer Arbeitszeit gemeinsam mit Pflegebedürftigen tagesstrukturierend, aktivierend, betreuend oder pflegend tätig sind. Ist dies nicht der Fall, sind sie zu den übrigen Beschäftigten zu zählen.</p> |
| 17 | Ist die Versorgung von Selbstzahlerinnen und Selbstzahlern ohne Pflegegrad durch eine zugelassene Pflegeeinrichtung in der Berechnung der Arbeitszeiten berücksichtigungsfähig? | Ja, Ausgangspunkt/Anspruchsgrundlage für die Prämienzahlung ist nicht die sozialrechtliche Refinanzierung der Leistung, sondern das Beschäftigtenverhältnis mit einer zugelassenen Pflegeeinrichtung und die von dem Beschäftigten für eine nach § 72 SGB XI zugelassene Pflegeeinrichtung wöchentlich tatsächlich geleisteten Stunden in dem Bemessungszeitraum. |

| Nr. | Fragestellung | Antwort |
|-----|---|--|
| | | <p>Liegt ein solches Beschäftigungsverhältnis vor und erfolgt die Versorgung von Selbstzahlerinnen und Selbstzahlern als Teil dieser Beschäftigung, ist die entsprechend darauf entfallene Arbeitszeit berücksichtigungsfähig bei der Ermittlung der Prämienhöhe.</p> |
| 18 | <p>Kann mit der zweiten Meldemöglichkeit zum 15. November 2020 eine Nachzahlung für Mitarbeitende erreicht werden, die nach der ersten Meldung die Voraussetzungen für eine jeweils höhere Prämie erreicht haben?</p> | <p>Ja, im Sinne des Günstigkeitsprinzips haben die Beschäftigten einen Anspruch auf die höhere Prämie, sowohl bei einem weiterhin bestehenden Beschäftigungsverhältnis beim gleichen Arbeitgeber als auch bei einem Arbeitgeberwechsel. Die zugelassene Pflegeeinrichtung muss daher den Differenzbetrag beim zweiten Meldezeitpunkt mit melden und auszahlen.</p> <p>Reduziert der Beschäftigte seine Arbeitszeit, nachdem die Prämienhöhe ermittelt wurde, findet im Sinne des Günstigkeitsprinzips keine nachträgliche Kürzung der Prämie statt.</p> |
| 19 | <p>Hat ein*e Beschäftigte*r nach Erhalt einer Prämie nach Ziffer 3 Abs. 1 Nummer 2 und 3 und anschließendem Arbeitgeberwechsel einen weiteren Anspruch, wenn ein erhöhter Arbeitsumfang/Stellenanteil bei einem neuen Arbeitgeber vorliegt?</p> | <p>Ja, siehe oben.</p> |
| 20 | <p>Gilt das Günstigkeitsprinzip auch für einen Tätigkeitswechsel, z.B. von den übrigen Beschäftigten zur Betreuungskraft und muss der Arbeitgeber auch hier eine Günstigerprüfung nach Ziffer 2 Abs. 5 der Festlegungen vornehmen?</p> | <p>Ja, auch hier haben die Beschäftigten ggf. einen Anspruch auf eine höhere Prämie. Wenn sie z. B. mit einer Vollzeitstelle bis zum 1. Juni zu den übrigen Beschäftigten zählten und dann schwerpunktmäßig in der direkten Pflege und Betreuung als Alltagsbegleiterin arbeiten.</p> <p>Beispiel: Ein Beschäftigter erfüllt zum 1. Juni 2020 die Voraussetzungen für die Prämie von 334 Euro. Ab 1. Juni 2020 ist er in Vollzeit als Alltagsbegleiter tätig. Zum 31. Oktober 2020 hätte er damit einen Anspruch auf 1.000 Euro Prämie. Die Differenz (666 Euro) zwischen der bereits ausgezahlten und dem später zustehenden Betrag muss im Rahmen der zweiten Vorauszahlung beantragt und dem Beschäftigten ausgezahlt werden.</p> |
| 21 | <p>Wer übernimmt die Meldung von FSJlern, wenn diese ihren Einsatzort in der nach § 72 SGB XI zugelassenen Pflegeeinrichtung haben, allerdings von einem anderen Betriebsteil für die Freiwilligendienste bezahlt werden?</p> | <p>Dies übernimmt der entsprechende Dienstleister. Die Verfahren ist in Teil 2 der Prämien-Festlegungen nach § 150a Abs. 7 SGB XI geregelt.</p> |

| Nr. | Fragestellung | Antwort |
|-----|---|--|
| 22 | Wie ist das Verfahren bei Mitarbeitern, die zwischen Meldung und Auszahlung der Prämie gekündigt haben/wurden oder in Rente gegangen sind? | <p>Wurde die Meldung der Prämie durch den Arbeitgeber für den berechtigten Arbeitnehmer bereits gestellt, zahlt dieser Arbeitgeber nach Erhalt der Vorauszahlung durch die Pflegekasse an den Mitarbeiter die Prämie aus. Dies gilt auch dann, wenn dieser nicht mehr bei ihm beschäftigt ist.</p> <p>Sofern der Arbeitnehmer das Beschäftigungsverhältnis gewechselt hat und der vorhergehende Arbeitgeber keine Meldung der Prämie für diesen Mitarbeiter gestellt hat, meldet der zum Meldezeitpunkt aktuelle Arbeitgeber anhand der Angaben des Mitarbeiters die Prämie für diesen und zahlt sie an ihn aus.</p> |
| 23 | Muss die Pflegeeinrichtung die Prämie melden, wenn der Beschäftigte bei einem anderen Arbeitgeber vollzeitbeschäftigt ist und die Prämie dort in voller Höhe erhält? | <p>Grundsätzlich ist die Prämie durch den jeweiligen Arbeitgeber in eigener Verantwortung zu melden. Kann jedoch vermieden werden, dass der Beschäftigte dadurch eine Überzahlung erhält (z. B. weil er bei einer Pflegeeinrichtung mit 35 Stunden und bei einer weiteren mit 5 Stunden pro Woche tätig ist), kann in Abstimmung mit dem Beschäftigten von einer Meldung abgesehen werden. Eine schriftliche Erklärung des Beschäftigten ist hier jedoch ratsam.</p> |
| 24 | Wie ist zu verfahren, wenn ein Beschäftigter bei verschiedenen Arbeitgebern jeweils in Teilzeit oder Vollzeit tätig ist, so dass sich insgesamt eine Prämienzahlung über der gesetzlichen Höchstsumme von 1.000 Euro ergeben würde? | <p>Grundsätzlich ist die Prämie durch jeden der Arbeitgeber in der Höhe zu melden, die sich aus dem Stundenanteil, den der Beschäftigte bei ihm tätig ist, ergibt. Bei parallelen Beschäftigungen kann der Anspruch durch einen der Arbeitgeber in Abstimmung mit dem Beschäftigten gekürzt werden, um eine Rückzahlungspflicht an die Pflegekassen durch den Beschäftigten zu vermeiden. Diese Vorgehensweise sollte sich der Arbeitgeber, der dann keine Prämie meldet, von dem Beschäftigten bestätigen lassen.</p> |
| 25 | Wie ist bzgl. der Prämienhöhe mit Auszubildenden umzugehen, die innerhalb des Bemessungszeitraums ihre Ausbildung beenden und von Auszubildendenstatus in den Status eines regulären Mitarbeitenden wechseln? | <p>Auszubildende nach Ziffer 3 Abs. 6 in der Pflege, die bis zum 1. Juni 2020 mindestens drei Monate in einer zugelassenen Pflegeeinrichtung tätig sind, haben bereits in der ersten Auszahlungsrunde nach § 150a SGB XI einen Anspruch auf die Corona-Prämie.</p> <p>Für die anspruchsberechtigten Auszubildenden in der Pflege muss die Pflegeeinrichtungen daher zum 19. Juni 2020 die Prämie melden und auszahlen, auch wenn bereits absehbar ist, dass der Auszubildende ab dem 1. August 2020 z. B. als Pflegefachkraft von der Einrichtung</p> |

| Nr. | Fragestellung | Antwort |
|-----|---|---|
| | | <p>übernommen wird und bis zum Ende des Bemessungszeitraums (31. Oktober 2020) noch drei Monate lang im Sinne der Ziffer 3 Abs. 1 Nr. 1 tätig wäre.</p> <p>Im Sinne des Günstigkeitsprinzips muss dann zum zweiten Melde- und Auszahlungszeitpunkt die Differenz von der Auszubildendenprämie zur Prämie für Beschäftigte im Sinne der Ziffer 3 Abs. 1 Nr. 1 gemeldet und ausgezahlt werden (abhängig von den weiteren Anspruchsvoraussetzungen und der tatsächlich gearbeiteten, durchschnittlichen Wochenarbeitszeit). Die Regelungen zu den Unterbrechungszeiten gelten im Bemessungszeitraum unverändert.</p> <p>Beispiel: Ein Auszubildender nach Ziffer 3 Abs. 6 in der Pflege erfüllt zum 1. Juni 2020 die Voraussetzungen für die Prämie von 600 Euro. Ab August ist er als Pflegefachkraft in Vollzeit tätig. Zum 31. Oktober 2020 hätte er damit einen Anspruch nach Ziffer 3 Abs. 1 Nr. 1 auf 1.000 Euro Prämie. Die Differenz (400 Euro) zwischen der bereits ausgezahlten und dem später zustehenden Betrag, wird im Rahmen der zweiten Vorauszahlung gemeldet und dem Beschäftigten ausgezahlt.</p> |
| 26 | <p>Auszubildende, die über die Agentur für Arbeit gefördert werden, erhalten ggf. zusätzliche Vergütungen, z. B. Zuschläge aufgrund von Mehrarbeit, die bei den Leistungen angerechnet werden. Sind die Sonderzahlungen nach § 150a SGB XI davon ausgenommen?</p> | <p>Wenn Auszubildende von der Agentur für Arbeit Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) erhalten, werden die "Corona-Prämien" bis zu einer Höhe von 1.500 Euro nicht auf die BAB angerechnet.</p> |
| 27 | <p>Nach § 150a Absatz 2 Satz 1 Nr. 3 SGB XI erhalten "allen übrigen Beschäftigten" eine Prämie in Höhe von 334 Euro. Sind Auszubildende, die keine Pflegeausbildung absolvieren (diese erhalten nach Absatz 3 die Prämie in Höhe von 600 Euro), als Beschäftigte in diesem Sinne anzusehen?</p> | <p>Ja. Auszubildende die nicht unter Ziffer 3 Absatz 6 und 7 der Festlegungen gefasst sind, werden wie die übrigen Beschäftigten behandelt und erhalten bei einer Vollzeitbeschäftigung eine Prämie in Höhe von 334 Euro.</p> <p>Dies betrifft bspw. Auszubildende in der Verwaltung oder der Hauswirtschaft.</p> |
| 28 | <p>Können Mitarbeiter berücksichtigt werden, die auf der Grundlage von § 54a SGB III (Einstiegsqualifizierung) angestellt sind?</p> | <p>Teilnehmende an einer Einstiegsqualifizierung (EQ) sind zwar keine Auszubildenden im Sinne des § 7 Abs. 2 SGB IV, da sie keine betriebliche Berufsausbildung durchführen. Es besteht allerdings die Möglichkeit, dass die Zeit der EQ unter bestimmten Voraussetzungen und mit Zustimmung des Ausbildungsbetriebes und der Kammern, auf eine spätere Ausbildung bei demselben Arbeitgeber, bei dem</p> |

| Nr. | Fragestellung | Antwort |
|-----|--|---|
| | | <p>die EQ durchgeführt wurde, auf die Ausbildungszeit angerechnet werden kann.</p> <p>Teilnehmende an einer EQ gelten jedoch als beschäftigt. Sie sind auch sozialversicherungspflichtig. Es ist daher im Sinne der gesetzlichen Regelung, dass Teilnehmende an einer EQ zumindest als "übrige Beschäftigte" i S d. § 150a Abs. 2 Nr. 3 SGB XI (Ziffer 3 Abs. 1 Nr. 3 der Festlegungen) ebenfalls in den Genuss der "Corona-Prämie" kommen.</p> |
| 29 | <p>Kann eine Meldung an die Kassen mit den Prämienansprüchen für alle Mitarbeitenden, deren Einverständnis (und ggf. eine Beteiligung des Betriebsrats/der Mitarbeitervertretung) vorausgesetzt, auch erst zum 15. November 2020 gesammelt eingereicht werden?</p> | <p>Für Beschäftigte, die aus der gesetzlichen Regelung bereits zum ersten Meldezeitpunkt einen Anspruch auf Zahlung der Prämie unverzüglich nach der Auszahlung an die Pflegeeinrichtungen/weiteren Arbeitgeber am 15. Juli 2020 haben, ist eine Verschiebung der Auszahlung auch mit deren Einverständnis nicht möglich, da der Auszahlungszeitpunkt ausdrücklich gesetzlich geregelt ist. Eine Verschiebung ist gesetzlich nicht vorgesehen.</p> |
| 30 | <p>Gibt es eine Liste der Ansprechpersonen bei den Pflegekassen zum Thema Festlegungen nach § 150a?</p> | <p>Ja, auf der Internetseite des GKV-SV ist eine länderbezogene Liste der zuständigen Pflegekassen veröffentlicht unter: https://www.gkv-spitzenverband.de/pflegeversicherung/richtlinien_vereinbarungen_formulare/richtlinien_vereinbarungen_formulare.jsp</p> |
| 31 | <p>Wie ist das Verfahren der Rückzahlung, wenn Mitarbeitende zu viel Geld erhalten haben?</p> | <p>Wenn Beschäftigte zu viel Geld erhalten haben, weil z. B. die zu erwartende Prämie, die sie aus mehreren Beschäftigungsverhältnissen anteilig erhalten, den gesetzlich vorgesehenen Gesamtbetrag für dem Tätigkeitsfeld nach vergleichbare Vollzeitbeschäftigte überschreitet, sind die Beschäftigten verpflichtet, eine der Pflegekassen, von der ihre Arbeitgeber die Vorauszahlung erhalten haben, zu informieren, damit sie den überzahlten Betrag an diese zurückerstatten können. Die Arbeitgeber sind den Beschäftigten gegenüber zur Auskunft darüber verpflichtet, von welcher Pflegekasse sie den Prämienbetrag erhalten haben (vgl. das Muster-Informationsschreiben an die Beschäftigten).</p> |